

Antrag

der Abg. Andrea Bogner-Unden u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Europa an den Schulen des Landes stärken

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welchen Stellenwert sie der Vermittlung von Grundlagen der europäischen Integration und dem Verständnis für europapolitische Fragestellungen im Unterricht an den Schulen des Landes beimisst;
2. wie das Thema Europa in den neuen Bildungsplänen der verschiedenen Schularten verankert ist, unter Berücksichtigung von Fächern, Jahrgangsstufen, Stundentafel und Deputatsstunden und im Vergleich zum letzten Bildungsplan;
3. welche Möglichkeiten sie sieht, das Thema Europa auch an Grund-, Haupt- und Werkrealschulen anzusprechen und erlebbar zu machen;
4. welche über den Schulunterricht hinausgehenden Angebote den Schulen offenstehen, um den Schülerinnen und Schülern die Ziele, Probleme und Visionen des europäischen Integrationsprozesses nahezubringen und Europa praktisch erfahrbar zu machen und wie diese genutzt werden;
5. welche Möglichkeiten es für Schülerinnen und Schüler gibt, die europäischen Institutionen zu besuchen, um die Information über die Europäische Union zu verbessern und wie häufig diese wahrgenommen werden, wenn möglich differenziert nach Schulart und Jahrgangsstufe;
6. welche Anstrengungen im Bereich der Lehrerausbildung und der Lehrerfortbildung unternommen werden, um die Lehrerinnen und Lehrer bei der Vermittlung des Themas Europa zu unterstützen;

7. welche Schüler- und Jugendaustauschprogramme es für Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg gibt, um deren Europafähigkeit zu stärken und wie sich die Beteiligung hieran in den letzten zehn Jahren entwickelt hat, differenziert nach Schularten, Jahrgangsstufen, Ländern und realisiertem Genaustausch;
8. welche Unterstützung die Schulen bei der komplexen und zeitaufwendigen Antragstellung zur Teilnahme an europäischen Austauschprogrammen und weiteren Projekten erhalten und welche Anreize bestehen, um das Engagement von Lehrerinnen und Lehrern in Sachen Europa zu fördern;
9. wie sie einer institutionellen Verankerung von Europabeauftragten in den Regierungspräsidien, in den Schulämtern oder in den Schulen gegenübersteht, die die Schulleitung und die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und spezifische Fortbildungen anbieten;
10. durch welche Maßnahmen der von der Bundeskanzlerin eingeführte EU-Projekttag an den Schulen noch erfolgreicher beworben werden kann und wie sie die Einführung eines für alle Schulen verbindlichen jährlichen EU-Projekttags bewertet;
11. welche weitergehenden Möglichkeiten zur Stärkung der Kenntnisse über und Auseinandersetzung mit den Errungenschaften des europäischen Binnenmarkts und der europäischen Werte- und Solidargemeinschaft sie an den Schulen des Landes sieht.

19.09.2017

Bogner-Unden, Frey, Boser, Saebel, Wehinger GRÜNE

Begründung

Die Errungenschaften der Europäischen Union – allen voran Zusammenarbeit statt Nationalismus, die Überwindung trennender Grenzen und seit 70 Jahren Garant für Frieden zwischen den Mitgliedstaaten – sind für die junge Generation heute selbstverständlicher Alltag. Sie müssen aber immer wieder neu verteidigt und gefestigt werden. Die vielfältigen Krisen und äußeren Herausforderungen, die die Europäische Union Europa in den letzten Jahren zu bewältigen hatte und hat, haben in Teilen der Bevölkerung zu einer Europaskepsis geführt, der die EU-Kommission und auch die Landesregierung durch einen breiten Dialogprozess zur Zukunft Europas entgegentreten will.

Es liegt in der Verantwortung unserer Bildungseinrichtungen, europäische Identität gerade bei jungen Menschen zu vermitteln und zu stärken und die Vorteile der europäischen Integration und deren Weiterentwicklung frühzeitig zu vermitteln. Schülerinnen und Schüler leben die Errungenschaften der Europäischen Union zumeist, ohne dass ihnen die Gefahren für den Zusammenhalt der EU bekannt sind. Auch im Unterricht wird Europa häufig von seiner negativen Seite beleuchtet: Brexit, Finanzkrise, Demokratiedefizit oder Überregulierung. Um eine Identifikation mit der EU – mit ihren Vorteilen und ihren Fehlentwicklungen und daraus abgeleitetem Änderungsbedarf – auch bei jungen Menschen zu erreichen, bedarf es großer Anstrengungen insbesondere im Bereich der Schule. Europa muss positiv erlebbar und erfahrbar gemacht werden, auch für Jugendliche aus bildungsfernen Schichten. Dazu sollten EU-Projekte und Austauschprogramme noch breiter als bisher beworben werden. Lehrerinnen und Lehrer brauchen Anreize und Schulung, um sich mit ihren Schülerinnen und Schülern an Ausschreibungen und bestehenden Angeboten zu beteiligen. Eventuell müssen auch zusätzliche neue Projekte initiiert werden.

Dieser Antrag will auf Grundlage einer Bestandsaufnahme der Vermittlung Europas und der EU im Unterricht ausloten, durch welche weitergehenden Maßnahmen das Bewusstsein für Europa und eine stärkere Identifizierung mit der EU bei Schülerinnen und Schülern aller Schularten und Jahrgangsstufen angestoßen werden kann. Dazu gehören der Ausbau von Aus- und Fortbildungsangeboten für Lehrerinnen und Lehrer zum Themenkomplex Europa und eine zielführende Beratungsstruktur bei der Bewerbung für europäische Austauschprojekte.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 18. Oktober 2017 Nr. 55-6420.1/158/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Europa zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. welchen Stellenwert sie der Vermittlung von Grundlagen der europäischen Integration und dem Verständnis für europapolitische Fragestellungen im Unterricht an den Schulen des Landes beimisst;

Der Vermittlung von Grundlagen der europäischen Integration und dem Verständnis für europapolitische Fragestellungen kommt an den Schulen in Baden-Württemberg große Bedeutung zu. Die verbindliche Umsetzung des Themas Europa im Unterricht ist über die Verankerung in den Bildungsplänen gewährleistet. Darüber hinaus wird der europäische Gedanke an den Schulen des Landes beispielsweise über Projektstage, Fremdsprachentage, Schulpartnerschaften, Studienfahrten und Schüleraustausche gelebt. Die Kultusministerkonferenz hat mit ihrer Empfehlung „Europa im Unterricht“ vom 8. Juni 1978 den umfassenden Bildungsauftrag der Schulen mit Blick auf Europa beschrieben und diese Empfehlung am 5. Mai 2008 aktualisiert und erweitert. Europabildung ist kein randständiges Ziel, sondern eine Querschnittsaufgabe von Schulen, zu deren Erfüllung grundsätzlich alle Fächer und Lernbereiche einen Beitrag leisten.

2. wie das Thema Europa in den neuen Bildungsplänen der verschiedenen Schularten verankert ist, unter Berücksichtigung von Fächern, Jahrgangsstufen, Stundentafel und Deputatsstunden und im Vergleich zum letzten Bildungsplan;

Allgemein bildende Schulen

Der Ansatz eines spiralcurricularen und mehrperspektivischen Kompetenzerwerbs der Bildungspläne 2016 trägt bei den Lernenden dazu bei, eine nachhaltige und umfassende Betrachtung des Themas Europa über die gesamte Schulzeit sicherzustellen.

Spiralcurricular bedeutet, dass das Thema „Europa“ im Fachunterricht der verschiedenen Klassenstufen mehrmals altersgemäß und aufeinander aufbauend thematisiert wird.

Als zentrales Beispiel sei dafür das Fach Gemeinschaftskunde genannt. In der Mittelstufe der Schulen der Sekundarstufe I und des Gymnasiums finden die Schülerinnen und Schüler beispielsweise Antworten auf die Frage, welche Möglichkeiten Bürgerinnen und Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess in der Europäischen Union einzubringen. In der Kursstufe des Gymnasiums und der Gemeinschaftsschule findet darauf aufbauend eine Vertiefung der Thematik statt.

Mehrperspektivisch bedeutet, dass für die Lernenden der Kompetenzerwerb aus den Blickrichtungen unterschiedlicher Fächer angelegt ist. So werden europäische Themen bspw. in den Fächern Geographie, Geschichte, Gemeinschaftskunde, Französisch, Englisch sowie Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung betrachtet.

Eine exemplarische Auflistung von Beispielen zur Verankerung des Themas Europa im Bildungsplan 2016 kann der *Anlage 1* entnommen werden.

Im Bildungsplan 2004 hatte das Thema Europa einen vergleichbar hohen Stellenwert wie im Bildungsplan 2016. Eine exemplarische Auflistung von Beispielen zur Verankerung des Themas Europa im Bildungsplan 2004 kann der *Anlage 2* entnommen werden.

Die verbindlichen Vorgaben der Kontingenztafeln beziehen sich auf den gesamten zeitlichen Umfang der einzelnen Unterrichtsfächer. Es werden keine verbindlichen Vorgaben zur zeitlichen Behandlung eines Themas in den Fächern gemacht. Deputatsstunden geben den Umfang der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften wieder. Es kann keine Aussage gemacht werden, wie hoch der durchschnittliche Anteil des Themas Europa daran ist.

Berufliche Schulen

In den Bildungsplänen der beruflichen Schulen stellt sich die Situation wie folgt dar: Das Thema Europa nimmt im Unterricht der verschiedenen Schularten der beruflichen Schulen des Landes eine wichtige Rolle ein. Insbesondere in den Fächern Gemeinschaftskunde bzw. Geschichte mit Gemeinschaftskunde oder Wirtschafts- und Sozialkunde ist das Thema als ein Schwerpunkt in den Bildungsplänen verankert. In weiteren Fächern wie Wirtschaftskunde, Ethik oder dem Fremdsprachenunterricht ist das Thema Europa explizit aufgeführt. Beispielsweise wird Europa unter landeskundlichen Aspekten im Fremdsprachenunterricht thematisiert oder im Fach Ethik, im Rahmen der Einheit „Menschenwürde, Menschenrechte“, wenn die Grundrechte-Charta der Europäischen Union und die damit verbundenen Garantien Unterrichtsgegenstand sind.

Überarbeitungen der Bildungspläne erfolgen an den beruflichen Schulen anlassbezogen und bildungsgangspezifisch. Sowohl in aktuell überarbeiteten als auch in bereits längere Zeit gültigen Bildungsplänen findet das Thema Europa eine durchgängige Berücksichtigung, wie anhand der exemplarischen Auflistung von Beispielen der *Anlage 3* entnommen werden kann.

Die Erarbeitung neuer Bildungspläne für die Beruflichen Gymnasien ist mit Beginn des Schuljahres 2017/2018 angelaufen. Die Bildungspläne sollen zum Beginn des Schuljahres 2021/2022 in Kraft gesetzt werden. Unter den übergeordneten Leitzielen für die Bildungsplanarbeit kann vor allem folgendes Leitziel unter dem Aspekt Europa herangezogen werden: Auf das Leben in einer sich dynamisch wandelnden, pluralistischen und demokratisch verfassten Gesellschaft vorbereiten.

3. welche Möglichkeiten sie sieht, das Thema Europa auch an Grund-, Haupt- und Werkrealschulen anzusprechen und erlebbar zu machen;

Grundschule

Im Fach Sachunterricht in den Klassenstufen 3 und 4 wird im Bereich „Orientierung im Raum“ das Thema Europa auf altersangemessene Art und Weise thematisiert. Dabei sind die unterschiedlichen Vorkenntnisse und vorhandenen Kompetenzen der Kinder Grundlage für die thematische Schwerpunktsetzung im Unterricht. Beispielsweise ergeben sich vielfältige Ansatzpunkte über europäische Urlaubsziele, die die Kinder schon besucht haben.

Auch in den Fächern Englisch und Französisch in der Grundschule werden landeskundliche Themen europäischer Länder behandelt. Der Fremdsprachenunterricht in der Grundschule legt Grundlagen für lebenslanges Fremdsprachenlernen und kompetente Auseinandersetzung mit Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt. Durch die Begegnung mit anderen Sprachen und Kulturen wird ein Grundstein für interkulturelle kommunikative Kompetenz entwickelt.

Beim Europäischen Wettbewerb (vgl. Ziffer 4) sind die Grundschulen unter allen Schularten am stärksten vertreten. Als niederschwelliger Kreativwettbewerb für jüngere Kinder führt er die Schülerinnen und Schüler an Grundschulen altersgerecht in europäische Themenstellungen ein.

Haupt- und Werkrealschulen

Der für die Schularten der Sekundarstufe I gemeinsam gültige Bildungsplan 2016 weist beispielsweise in den Standards für inhaltsbezogene Kompetenzen, Klassen 7/8/9, ausführlich auf die Demokratiefähigkeit, die Teilhabe sowie auf die Mitwirkung und Mitbestimmung im Rahmen der Europäischen Union hin.

Hier bietet sich neben einem Besuch des Europäischen Parlaments sowie einem damit verbundenen Austausch mit dem Europa-Abgeordneten der Region auch die konkrete Betrachtung der Bedeutung der Maßnahmen der Europäischen Union im lokalen bzw. regionalen Umfeld der Schule an. Hier kann das Thema Europa beispielsweise im Rahmen der EU-Subventionen lokaler Projekte (z. B. Landwirtschaft; EU-LIFE+-Projekt zum Vogelschutz in Streuobstwiesen) konkret erlebbar gemacht werden.

Weitere Maßnahmen, die das Thema Europa erlebbar machen, sind persönliche Begegnungen mit Menschen anderer Länder Europas über ein- bzw. mehrtägige Schüleraustausche oder länderübergreifende Projekte (z. B. Erasmus+). Die Initiierung länderübergreifender Maßnahmen der beruflichen Orientierung für Schülerinnen und Schüler der Hauptschule/Werkrealschule gemeinsam mit europaweit agierenden Unternehmen sind hier ebenfalls zu nennen. Hierbei lernen die Schülerinnen und Schüler aktiv handelnd die Vorzüge des europäischen Binnen- bzw. Arbeitsmarkts kennen. Im Rahmen von Projekten (z. B. „Zeitung in der Schule“) ist das Thema für Schülerinnen und Schüler ebenfalls vielschichtig greifbar.

4. welche über den Schulunterricht hinausgehenden Angebote den Schulen offenstehen, um den Schülerinnen und Schülern die Ziele, Probleme und Visionen des europäischen Integrationsprozesses nahezubringen und Europa praktisch erfahrbar zu machen und wie diese genutzt werden;

Der vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport geförderte Europäische Wettbewerb ist der älteste Schülerwettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland und einer der traditionsreichsten transnationalen Initiativen zur politischen Bildung. Regelmäßig stellen Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg bundesweit die höchsten Teilnehmerzahlen. Der Wettbewerb zielt ab auf eine vertiefte Auseinandersetzung mit europäischen Themen und Fragestellungen im Unterricht. Aufgabenstellung und Methodik bieten den Lehrkräften eine konkrete Möglichkeit, die europäische Dimension in unterschiedlichen Facetten im Unterricht zu erschließen. Schülerinnen und Schülern werden so vielfältige, differenzierte und altersgerechte Ausdruckformen zur Auseinandersetzung mit entsprechenden Themenstellungen eröffnet. Die Themen machen u. a. deutlich, dass vielfach nur gemeinschaftliches Handeln Erfolg verspricht und veranschaulichen den hohen Stellenwert von Solidarität innerhalb der Staatengemeinschaft.

Das Rahmenthema des Europäischen Wettbewerbs orientiert sich soweit möglich und pädagogisch sinnvoll am jeweiligen Europäischen Jahr, das von der Europäischen Kommission ausgerufen wird. Die Anbindung des Wettbewerbs an das jeweilige Thema des Europäischen Jahres sichert ein hohes Maß an Aktualität und gesellschaftlicher Relevanz der Aufgabenstellungen. Der Wettbewerb steht im Schuljahr 2017/2018 unter dem Motto: „Denk mal – worauf baut Europa?“ und knüpft thematisch an das Europäische Kulturerbejahr 2018 an. Inhaltlich werden die Themenstellungen an die Bildungspläne angebunden. Der Europäische Wettbewerb unterstützt somit den pädagogischen Auftrag der Schule und ergänzt die schulische Europabildung um eine kreative Dimension mit aktuellem Bezug. Die organisatorische Durchführung liegt beim Europa Zentrum.

Der Wettbewerb erfährt die besondere Unterstützung der Europaunion Baden-Württemberg und der Europäischen Bewegung Baden-Württemberg. Sie loben eine innerhalb der Themenstellungen des Europäischen Wettbewerbs geeignete Aufgabe als Zusatzwettbewerb „Rede über Europa“ aus. Neben Geld- und Sachpreisen erhalten erfolgreiche Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, ihre

Rede bei entsprechenden Anlässen zu präsentieren. Das Ministerium der Justiz und für Europa hat darüber hinaus im Jahr 2017 eine dreitägige Brüsselfahrt für die Preisträger ausgelobt.

Baden-württembergische Schülerinnen und Schüler haben seit Jahren regelmäßig die Möglichkeit, gemeinsam mit Schulklassen aus den Donauanrainerstaaten im Rahmen des Donau-Online-Projekts zusammenzuarbeiten. Das Kultusministerium unterstützt das im Schuljahr 2017/2018 stattfindende Donau-Online-Projekt zum Thema „Europa – ein (T)Raum“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) und des Europa Zentrums Baden-Württemberg (EZBW). Im Anschluss an das Donau-Online-Projekt erhalten ausgewählte Schülerinnen und Schüler der teilnehmenden Klassen die Möglichkeit zur Teilnahme am Internationalen Donaujugendcamp „Europa sind wir“ in Ulm/Neu-Ulm.

Schülerinnen und Schülern wird darüber hinaus regelmäßig die Gelegenheit geboten, an der fünftägigen Veranstaltung „Junge Donaubrücken“ in Wien teilzunehmen und sich dabei mit Themengebieten rund um die EU-Strategie für den Donauroum sowie der Kultur, Geschichte und aktuellen Lage in den Ländern des Donauroumes zu beschäftigen.

Das Ministerium der Justiz und für Europa organisiert und fördert im Rahmen der Europaöffentlichkeitsarbeit viele Veranstaltungen zur Förderung und Verbreitung des Europagedankens. Eine der Zielgruppen der Europaöffentlichkeitsarbeit sind Schülerinnen und Schüler aller Schularten (i. d. R. ab Klassenstufe 9).

Zu diesen Veranstaltungen gehört u. a. die mehrfach im Jahr angebotene Multimediashow DOKULIVE mit dem Thema „Die Gründungsväter der Europäischen Union“. Diese Veranstaltung war ursprünglich für die gymnasiale Oberstufe konzipiert. Um ein vergleichbares Angebot auch Schülerinnen und Schülern von Haupt-, Real- und Gemeinschaftsschulen unterbreiten zu können, wurde das Konzept der Multimediashow angepasst. Seitdem kann allen Schularten die Fortbildungsveranstaltung angeboten werden, sodass in der Regel alle vorhandenen Plätze beansprucht werden. Auf diese Art und Weise können bis Ende 2017 rund 750 Schülerinnen und Schüler an 7 Schulen erreicht werden.

Im Jahr 2014 hat die damalige Europaabteilung des Staatsministeriums gemeinsam mit dem Kultusministerium im Rahmen der DOKULIVE Multimediashow das Thema „Das europäische Parlament – Stimme des Volkes“ angeboten. Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament wurden bei mehreren Veranstaltungen ca. 1.000 Schülerinnen und Schüler erreicht.

Das Junge Europäische Parlament (JEP!) ist eine weitere Veranstaltungsreihe mit und für Jugendliche. Das Kultusministerium und das Ministerium der Justiz und für Europa kooperieren hierbei mit den Jungen Europäern (JEF). Beim Jungen Europäischen Parlament handelt es sich um ein Planspiel. Dabei wird die Entstehung einer Entschließung des Europäischen Parlaments zu einem fiktiven Berichtsentwurf der JEF-Kommission nachgespielt. Die Schülerinnen und Schüler nehmen dabei von der JEF gestellte Rollen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments ein. Ziel des Planspiels ist es u. a., die Institutionen der EU sowie wichtige Problemstellungen der europäischen Politik kennenzulernen.

Im Rahmen von Zuschüssen zur Förderung des Europäischen Gedankens kofinanziert das Ministerium der Justiz und für Europa ebenfalls immer wieder Projekte mit Schülerinnen und Schülern (z. B. Theater- und Medienworkshop zum Thema „Was macht uns zu Europäerinnen und Europäern“).

Das vom Kultusministerium geförderte Europa Zentrum Baden-Württemberg verfolgt den Satzungszweck der Völkerverständigung durch europabezogene politische Bildung und bietet als überparteiliche, gemeinnützige Einrichtung seit 1976 Schulen ein- und mehrtägige Europatage in den Schulen oder außerhalb an. Diese beinhalten Planspiele, Simulationen, Quizrunden, Workshops oder auch das neu vom Europa Zentrum entwickelte Brettspiel „Legislativity“ zur EU-Gesetzgebung. Darüber hinaus können Schülergruppen mit dem Europa Zentrum Studienfahrten zu den EU-Institutionen nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg unternehmen und Vor-Ort-Besuche im Stuttgarter Europahaus buchen. Gemeinsam mit der Musikschule Leinfelden-Echterdingen organisiert das Europa Zentrum die musikalische Reihen „Sounds of Europe“ und „Musikkulturen Europas“, um die kulturelle Identifikation von Schülerinnen und Schülern mit Europa zu stärken.

Das Themenfeld Europa, europäische Integration und Europäische Union gehört seit vielen Jahren zum festen Bestandteil des Angebots der *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)*. Detaillierte Informationen zu europapolitischen Angeboten der LpB sind in deren umfangreichem Internetauftritt abrufbar:

a) Veranstaltungsangebote

Bei den „Politischen Tagen“ können sich die Schülerinnen und Schüler über den Unterricht hinaus altersgemäß mit politischen Fragen auseinandersetzen, soziales Interagieren lernen und politische Zusammenhänge verstehen. Außerdem dienen die Veranstaltungen dazu, methodische Kompetenzen zu erwerben. Im Rahmen der „Politischen Tage“, die als Ergänzung des regulären Gemeinschaftskundeunterrichts gedacht sind, werden schuljährlich Angebote im Themenfeld Europa schwerpunktmäßig durch die Außenstellen Freiburg bzw. Heidelberg (Regierungsbezirk Karlsruhe und Stuttgart) sowie dem Fachbereich Politische Tage für den Regierungsbezirk Tübingen in ganz Baden-Württemberg durchgeführt (Veranstaltungen 2016: 580, Teilnehmende: 27.437). Insgesamt ist die Nachfrage nach den europapolitischen Angeboten hoch.

Das europapolitische Angebot im aktuellen Schuljahr 2017/2018 umfasst zudem folgende Formate:

- Europoly – Ein Lernspiel zur kulturellen, geografischen und politischen Vielfalt Europas (für Grundschulen ab Klasse 2);
- PEP („Planspiele zur handlungsorientierten EU-Vermittlung in der Primarstufe“) – Das EU-Planspiel für die Grundschule (ab Klasse 3);
- Aktionstag „In Vielfalt geeint – Lernort Europa“ für Sekundarstufe 1;
- Zweitägige Seminare zu folgenden europapolitischen Themen: Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU, Brexit, Zukunft der EU (für weiterführende Schulen ab Klasse 9);
- ganztägiges europapolitisches Planspiel zu den Themen Erweiterung der EU (Planspiel „Fokus Balkan“) sowie Gesetzgebungsprozess in der EU (Planspiel „Destination Europe“; beide Angebote für weiterführende Schulen ab Klasse 10);
- halbtägiges Format „Festung Europa?“ – Planspiel zur Asyl- und Flüchtlingsthematik in der EU (für weiterführende Schulen ab Klasse 9);
- Exkursion nach Straßburg mit Besuch des Europäischen Parlaments, Teilnahme an Plenardebatte und Abgeordnetengespräch (für weiterführende Schulen ab Klasse 10).

Von der Außenstelle Heidelberg wird darüber hinaus einmal jährlich ein Schüler-Debating zu einem europapolitischen Thema durchgeführt. 2017 wurde das Thema „Brexit“ erörtert. Der Fachbereich Europa führte im März 2017 erneut ein europäisches Begegnungsseminar für Schülerinnen und Schüler aus Deutschland (Ulm), Frankreich und Polen mit dem Titel „Wir sind Europa!“ durch. Im Angebot befindet sich außerdem das seit Jahren bewährte Format „EU-AZUBI-Gipfel“, das europapolitische Planspiele für Auszubildende der Landratsämter und Städte umfasst.

Spezielle Angebote im Mai eines jeden Jahres werden während der sogenannten „Europa-Wochen“ rund um den Europa-Tag durchgeführt: z. B. in Kooperation mit verschiedenen Kommunen europapolitische Planspiele für Schulklassen (Titel „Europa im Rathaus“). Als weiteres Beispiel diskutierten Schülerinnen und Schüler aus Kirchzarten 2016 gemeinsam mit Teamerinnen und Teamern der LpB und den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) in der Methode „Europa-Café“ anhand aktueller und lebensnaher Beispiele vielfältige Möglichkeiten, aber auch Grenzen politischer Teilhabe von Jugendlichen in der Europäischen Union.

b) Publikationen

In der Zeitschriftenreihe Deutschland & Europa erscheinen zweimal jährlich Hefte zu deutsch-europäischen Themen mit Landesbezug. Sie enthalten reichhaltiges Material für Unterricht, Schüler- bzw. Studienfahrten. Die Hefte sind besonders geeignet für den fächerverbindenden Unterricht. Schulen- und Bildungseinrichtungen in Baden-Württemberg erhalten sie kostenlos. Das aktuelle Heft hat den Titel „Die Zukunft der Europäischen Union. Rückbau oder Vertiefung?“ mit einer Auflage von 16.000 Stück. Zudem wurden einzelne Ausgaben der Zeitschrift im Internet 2016 92.000-mal heruntergeladen.

Die vierseitige Publikation „mach's klar!“ erklärt Politik in einfacher Sprache stark visualisiert. Immer wieder greift sie auch europäische Themen auf – so in der Ausgabe 2/2016 das Thema „Brexit“.

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift Politik & Unterricht wendet sich an Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten sowie an Träger und Akteure der außerschulischen Bildung. Die Themen der Hefte orientieren sich an den Bildungsplänen des Landes Baden-Württemberg, greifen aber immer wieder auch darüber hinausgehende Themen auf. Das Themenfeld Europa fand sich beispielsweise in Heft 1-2012 („Wo steht Europa?“) bzw. Heft 2-2014 („Kriege“) wieder.

Zielgruppe der ebenfalls bei der LpB erscheinenden Zeitschrift „Bürger & Staat“ sind die Mittlerinnen und Mittler politischer Bildung, die ihr Wissen weitergeben. Somit ist die Zeitschrift auch ein Fortbildungsmedium für die Lehrenden im Bereich der politischen Bildung. So griff sie 2017 auch europarelevante Themen wie das Thema Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus in Europa auf. Ein Länderheft zum Thema Frankreich wird noch dieses Jahr erscheinen.

In der Landeszentrale wurde 2011 das Planspiel „Festung Europa?“ entwickelt, welches mittlerweile in der dritten Auflage (2016) veröffentlicht wurde. In Kooperation mit der Landeszentrale wurden außerdem die europapolitischen Planspiele „Fokus Balkan“ und „Destination Europe“ entwickelt. Beide wurden online veröffentlicht. Im Falle von „Fokus Balkan“ entsteht eine virtuelle Internetplattform.

c) E-Learning

Bei ihrem Angebot von E-Learning Kursen und Internet-Projekten mit Schulklassen kann die Landeszentrale auf eine langjährige Erfahrung zurückblicken. Im Rahmen des Don@u-Online-Projekts tauschen sich baden-württembergische Schulklassen virtuell mit Schulklassen der Donauanrainerstaaten über aktuelle Inhalte aus (siehe oben).

d) Weitere Angebote

Das aktuellste Produkt im Themenfeld Europa ist „Legislativity. Das Spiel zur EU-Gesetzgebung“ wurde vom Europazentrum Baden-Württemberg entwickelt (siehe oben).

Weitere Angebote an Unterrichtsmedien/Methodensammlungen:

- Baustein: Lernfeld Europa
 - Handlungsorientierte Module für den Unterricht (Lehrerheft)
- Baustein: Europa Methoden 2
 - Europa sind wir! Band 2 Methoden für die europapolitische Jugendbildung (Lehrerheft als Download)
- Baustein: Europa Methoden 1 (als Download)
 - Europa sind wir! – Band 1 Methoden für die europapolitische Jugendbildung
- Baustein: Staats- und Eurokrise (als Download)
 - Aktuelle Methoden zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft (Lehrerheft)

- Eigenpublikation: Europawahl in leichter Sprache (als Download)
 - Einfach wählen gehen! Broschüre in leichter Sprache zur Europa-Wahl 2014
- Spiel: Europa-Puzzle, groß
 - Groß- und Gruppenpuzzle für bis zu 25 Personen ab 4 Jahren
- Spiel: Mini-Puzzle EU
 - Die Europäische Union spielerisch kennenlernen
- Didaktische Reihe: Europa in der Schule

e) Internetangebote zum Thema Europa

„Europa im Unterricht“ heißt das Internetportal der Landezentrale für politische Bildung, welches für Lehrkräfte zahlreiche Anregungen und praxisorientierte Hilfestellungen bietet, um das Thema Europa für den Unterricht aufzubereiten. Neben den Bildungsplänen werden Unterrichtseinheiten mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung vorgestellt. Methodische Hinweise, „Webquests“, die dem sinnvollen Einsatz von Computern im Schulunterricht dienen, Angebote für Schülerinnen und Schülern sowie Spiele und Quizaufgaben runden den didaktischen Bereich ab. Die Rubrik „Europa-Wissen“ bündelt grundlegende Informationen und ermöglicht einen Überblick über die europäischen Institutionen. Das Portal enthält außerdem zahlreiche weiterführende Links. (Zugriffzahlen 2016 durchschnittlich im Monat: 6.440 Besucher, 12.000 Seitenzugriffe).

Das Info-Portal Östliches Europa bietet Informationen, weiterführende Links und versucht Verständnis für die Region zwischen Istanbul, Prag, Riga und Ural (Moskau) zu schaffen. (Zugriffzahlen 2016 durchschnittlich im Monat: 950 Besucher, 1.700 Seitenzugriffe).

Die Ergebnisse der Europawahl 2014 und viele weitere Informationen sind im Portal *europawahl-bw.de* zusammengefasst. (Zugriffzahlen 2016 durchschnittlich im Monat: 4.500 Besucher, 7.300 Seitenzugriffe).

5. welche Möglichkeiten es für Schülerinnen und Schüler gibt, die europäischen Institutionen zu besuchen, um die Information über die Europäische Union zu verbessern und wie häufig diese wahrgenommen werden, wenn möglich differenziert nach Schulart und Jahrgangsstufe;

Die europäischen Institutionen in Brüssel, Luxemburg und Straßburg stehen allen Besuchergruppen offen. Da solche Besuche keiner Meldepflicht an die Schulverwaltung unterliegen, gibt es zur Anzahl der Schulbesuche keine belastbaren Zahlen. Nach Angaben der Landesvertretung in Brüssel kann grundsätzlich festgestellt werden, dass der Schwerpunkt von Besuchen europäischer Institutionen sich seit den Terroranschlägen im März 2016 von Brüssel in Richtung Straßburg verschoben hat.

Für das Schuljahr 2016/2017 stellen sich differenziert nach Schularten und Jahrgangsstufen die Besucherzahlen folgendermaßen dar: Zehn Schüler- bzw. Jugendgruppen mit insgesamt 195 Teilnehmern haben im Rahmen ihrer Brüssel-Reise die Landesvertretung besucht. Davon sechs gymnasiale Oberstufen, eine Gruppe von Schülermitverantwortung-Vertretern und Verbindungslehrern verschiedener Gymnasien, eine kaufmännische Schule, die Preisträger des Europäischen Wettbewerbs 2016 und ein Jugendgemeinderat. Die Schülerinnen und Schüler erhalten bei ihrem Besuch einen Einblick in die Arbeit der Landesvertretung bei der EU und haben Gelegenheit zum Austausch über aktuelle europapolitische Themen.

Ebenfalls im Schuljahr 2016/2017 konnten durch die Förderung des Ministeriums der Justiz und für Europa sieben Schulen eine Straßburgfahrt mit Besuchen des Europäischen Parlaments und des Europarats angeboten werden. Die Organisation lag beim Europa Zentrum BW.

6. welche Anstrengungen im Bereich der Lehrerausbildung und der Lehrerfortbildung unternommen werden, um die Lehrerinnen und Lehrer bei der Vermittlung des Themas Europa zu unterstützen;

Im Rahmen der Lehrerausbildung wird das Europalehramt Grundschule und das Europalehramt Werkreal-, Haupt- und Realschule bzw. Sekundarstufe 1 angeboten, bei denen europaorientierte Inhalte und bilinguales Lehren und Lernen eng verzahnt sind.

Mit Blick auf die Europäisierung der Lehramtsausbildung hat Baden-Württemberg gemeinsam mit Frankreich den Integrierten Studiengang (ITS) für das Lehramt Grundschule eingerichtet, bei dem die Studierenden sowohl in Frankreich als auch in Baden-Württemberg studieren. Mit dem erfolgreichen Abschluss haben die Absolventinnen und Absolventen den Masterabschluss in Frankreich und das Zweite Staatsexamen in Baden-Württemberg erworben.

Die Rahmen-Verordnung-KM (Rahmen-VO-KM) bestimmt grundlegende Elemente des lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiums sowie für alle Fächer und Fachrichtungen Kompetenzen und Studieninhalte, die in den Studien- und Prüfungsordnungen der Pädagogischen Hochschulen, der Universitäten, der Kunsthochschulen und der Musikhochschulen sowie der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg umgesetzt werden. Die interkulturelle Kompetenz ist wegen ihrer übergeordneten Bedeutung als Querschnittskompetenz in den Bildungswissenschaften und in allen Fächern verbindlich verankert.

Die Fachpapiere im Anhang der Rahmen-VO-KM enthalten zusätzlich insbesondere in Fächern wie z. B. Politikwissenschaften, Geographie und Geschichte Studieninhalte zu Europa, die in den Schulpraxisphasen auch praktisch erprobt werden können. Dies gilt ebenso für die Bachelor-/Master-Studiengänge, die in ein berufliches Lehramt führen.

Im Rahmen der anschließenden Vorbereitungsdienste an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung aller Seminarschularten werden die Kenntnisse der ersten Phase der Lehrerausbildung aufgenommen, vertieft und im schulpraktischen Einsatz konkret umgesetzt. In den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen aller Vorbereitungsdienste ist die interkulturelle Kompetenz als Querschnittskompetenz aufgeführt. In den Ausbildungsstandards aller Vorbereitungsdienste ist das Thema Europa in den Didaktiken der Fächer, mit Blick auf den Unterricht der jeweiligen Schularten, verankert.

Interessierte angehende Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst konnten in den vergangenen Jahren an sogenannten Europaplanspielen teilnehmen, um auf diesem Wege ein besseres Verständnis für das Zusammenwirken der EU-Institutionen bei der Verabschiedung von Rechtsakten und für die Umsetzung des Themas im eigenen Unterricht zu erlangen.

Das Thema Europa wird gemäß Bildungsplan 2016 u. a. in den Fächern Gemeinschaftsschule, Geschichte und Geographie behandelt und in der Folge auch bei den regionalen und zentralen Lehrkräftefortbildungen in diesen Fächern berücksichtigt. Speziell zum Thema Europa werden zudem in den regionalen und der zentralen Lehrkräftefortbildungen, auch in Kooperation mit dem Europarat, Fortbildungen angeboten. In den letzten fünf Jahren wurden in der regionalen Lehrkräftefortbildung 36 Veranstaltungen mit rund 420 Lehrkräften und in der zentralen Lehrkräftefortbildung 23 Veranstaltungen mit rund 620 Lehrkräften durchgeführt.

Daneben gibt es eine Reihe weiterer Träger, die regelmäßig Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema Europa anbieten. Dank der Förderung durch die Vertretung der Europäischen Kommission in München und dem Ministerium der Justiz und für Europa konnte im Schuljahr 2016/2017 am Studienhaus Wiesneck unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Ulrich Eith eine dreitägige Veranstaltung für ca. 30 Lehrkräfte mit dem Titel „Europa in der Weltordnung des 21. Jahrhunderts“ angeboten werden. Die Vertretung der Europäischen Kommission in München hat sich im Rahmen ihrer Informationsarbeit zum Ziel gesetzt, insbesondere Lehrkräfte in ihrer Arbeit durch Informationsveranstaltungen zu unterstützen. Die Inhalte der o. g. Veranstaltung sind in einer zwischenzeitlich vorliegenden Publikation dokumentiert, die Schulen kostenlos beim Europa Zentrum anfordern können. Die Broschüre gibt einen fundierten Einblick in die europäische Außenhandelspolitik.

Die Landeszentrale für politische Bildung (Außenstelle Heidelberg) bietet in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen der Lehreraus- und -fortbildung der LpB regelmäßig Veranstaltungen zu Europa und der Europäischen Union für Lehramtsstudentinnen und -studenten, Referendarinnen und Referendare sowie Lehrkräfte an. Zu den regelmäßigen Kooperationspartnern zählen die Staatlichen Lehrerseminare in Heidelberg und Stuttgart, die Pädagogischen Hochschulen in Heidelberg und Karlsruhe oder das Regierungspräsidium Karlsruhe. Bei Infoveranstaltungen wird das Veranstaltungs- und Publikationsangebot der Landeszentrale bekannt gemacht und ausgewählte Formate vorgestellt und die Nutzung im eigenen Unterricht diskutiert.

Für den 22. November 2017 (in Kooperation mit dem Fachbereich Europa) und den 7. Juni 2018 sind Lehrerfortbildungen zum Themenbereich „Europa und Europäische Union“ im Regierungsbezirk Karlsruhe geplant. Der Termin im Juni 2018 ist als Exkursion nach Straßburg mit Besuch von Europäischem Parlament und Europarat konzipiert. Den Lehrkräften wird vermittelt, wie eine solche Exkursion organisiert, didaktisch geplant und praktisch durchgeführt werden kann.

Der Fachbereich Europa und die Außenstelle Heidelberg führen in Kooperation mit der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Bad Wildbad im November 2017 einen mehrtägigen Lehrgang zum Thema „Europa im Wandel. Hintergründe, Fakten und Anregungen für einen lebendigen Unterricht zu Europa“ für Lehrkräfte aller Schularten der Sekundarstufe I und II durch.

Ein neuer Schwerpunkt der Außenstelle Heidelberg ist die fächerübergreifende Verankerung des Themas Europa im Unterricht. Hierzu wurde am 22. September 2017 eine lokale Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer der Max-Weber-Schule Sinsheim durchgeführt. Solche Fortbildungen vor Ort sollen zukünftig regelmäßig an Schulen angeboten werden.

Auch die Außenstelle Freiburg bot im November 2016 in Kooperation mit dem Studienhaus Wiesneck in Buchenbach ein mehrtägiges Seminar für Lehrerinnen und Lehrer der Fächer Gemeinschaftskunde, Wirtschaft, Geschichte und Geographie aller Schularten mit dem Titel „Hoffnung Europa: Krise und Zukunft der Europäischen Integration“ an.

Der Fachbereich Europa führte 2017 erneut in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (GS) Nürtingen/Fachdidaktikgruppe Sachunterricht mit Schwerpunkt Sozialwissenschaften eine Veranstaltung durch, die einen Einblick in das Angebot der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zum Themenfeld Europa gab.

7. welche Schüler- und Jugendaustauschprogramme es für Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg gibt, um deren Europafähigkeit zu stärken und wie sich die Beteiligung hieran in den letzten zehn Jahren entwickelt hat, differenziert nach Schularten, Jahrgangsstufen, Ländern und realisiertem Genaustausch;

Zur Förderung des internationalen Schüler- und Jugendaustauschs besteht eine Vielzahl spezifischer Bundes- und Landesprogramme. Da Jugendbegegnungen und Schülerbegegnungen nicht meldepflichtig sind, kann nachfolgend lediglich über Maßnahmen berichtet werden, für die Zuschüsse über die Regierungspräsidien beantragt wurden.

Nach Schularten und Jahrgangsstufen differenzierte Statistiken für die letzten zehn Jahre liegen nicht vor. Eine dazu erforderliche Erhebung bei den Bewilligungsstellen wäre mit unverhältnismäßig hohem Verwaltungsaufwand verbunden.

a) Schülerbegegnungen (Schülergruppenaustausch)

Das Land Baden-Württemberg fördert aus Landesjugendplanmitteln Schülerbegegnungen mit den Staaten Mittelost- und Osteuropas (MOE-Staaten). Hierbei erhalten die ausländischen Teilnehmer Zuschüsse für den Aufenthalt in Baden-Württemberg, die deutschen Teilnehmer einen Zuschuss zu den Fahrtkosten für einen Aufenthalt im Ausland. Einen besonderen Schwerpunkt bietet der Aus-

tausch mit Polen, der in Kooperation mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) gefördert wird.

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Anzahl Begegnungen MOE-Staaten	284	308	281	263	295	288	275	290	267
davon Polen	146	145	132	117	132	134	131	143	135

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem deutsch-französischen Schülergruppenaustausch, der in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) durchgeführt wird. Das DFJW übernimmt die Zuschüsse für die Schülerinnen und Schüler, das Kultusministerium die Reisekosten für die Begleitkräfte.

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Anzahl Begegnungen mit Frankreich	315	194	288	300	254	279	262	251	222

Beim Schülergruppenaustausch mit allen sonstigen Ländern werden die Reisekosten der begleitenden Lehrkräfte aus Landesmitteln übernommen (Zuschüsse für Schülerinnen und Schüler werden nicht gewährt). Häufigste Partnerländer sind Großbritannien, Italien und Spanien.

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Großbritannien	61	83	71	68	72	56	63	54	48
Italien	29	45	41	42	42	41	44	38	43
Spanien	32	48	55	55	56	52	55	60	64

b) Schülereinzelaustausch mit Frankreich

Im Rahmen der DFJW-Programme „Brigitte-Sauzay“, „2x8 Wochen“, „2x4 Wochen“, „2x2 Wochen“ mit der Region Alsace kommen jährlich ca. 550 bis 580 Austausche zustande. Die Vermittlung der Tauschpartner und Abwicklung dieser Programme erfolgt durch die Deutsch-Französische Schüler- und Jugendbegegnungsstätte Breisach im Auftrag des Kultusministeriums.

c) außerschulische Jugendbegegnungen (Jugendverbände)

Ähnlich wie im Schülergruppenaustausch erhalten die ausländischen Teilnehmer Zuschüsse für den Aufenthalt in Baden-Württemberg, die deutschen Teilnehmer einen Zuschuss zu den Fahrtkosten für einen Aufenthalt im Ausland.

In den vergangenen zehn Jahren wurden vom DFJW jährlich zwischen 25 und 30 außerschulische Jugendbegegnungen mit Frankreich gefördert.

Bei den geförderten außerschulischen Jugendbegegnungen mit weiteren europäischen Partnerländern waren die Antragszahlen in den letzten Jahren leicht rückläufig (2008: 77 Begegnungen, 2016: 46 Begegnungen). Der Schwerpunkt liegt in diesem Bereich auf den Begegnungen mit Polen (Zusammenarbeit mit dem DPJW), der Russischen Föderation (Zusammenarbeit mit der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch) und Israel (Zusammenarbeit mit dem Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch – ConAct). Die letztgenannten Einrichtungen verwalten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Fördermittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes.

Neben den o. g. Schüler- und Jugendaustauschprogrammen bieten die Mobilitätsprogramme der EU vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs von Schülerinnen und Schülern innerhalb Europas. Bezug genommen wird auf das Programm für lebenslanges Lernen LLP 2007 bis 2013 (Comenius) und das aktuelle EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport Erasmus+ (2014 bis 2020).

Die Aktion COMENIUS-Schulpartnerschaften des EU-Bildungsprogramms für Lebenslanges Lernen (LLP 2007 bis 2013) förderte die europäische Zusammenarbeit zwischen Schülern und Lehrern aus verschiedenen Ländern Europas. An der Mehrzahl der COMENIUS-Schulpartnerschaften nahmen mindestens drei Schulen aus drei Ländern teil. Sie erhielten über einen Zeitraum von zwei Jahren für die gemeinsame projektbezogene Arbeit und Austauschmaßnahmen eine finanzielle Förderung. Über die gesamte Förderperiode von sieben Jahren hinweg wurden 508 Schulpartnerschaften in Baden-Württemberg gefördert.

Die Ausdifferenzierung der genehmigten Comenius-Schulpartnerschaften nach Schularten ist mit vertretbarem Aufwand nicht leistbar. Wie viele Schülerinnen und Schüler welcher Jahrgangsstufen im Rahmen einer genehmigten Comenius-Schulpartnerschaft an einer Schüleraustauschmaßnahme teilnahmen wurde nicht erhoben.

Erasmus+ ist das Programm der Europäischen Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (2014 bis 2020) mit einem Budget in Höhe von etwa 14,8 Milliarden Euro. Das Folgeprogramm zum EU-Programm für Lebenslanges Lernen (2007 bis 2013) soll – zur Unterstützung der Ziele der EU-Strategie 2020 – Kompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit verbessern und die Modernisierung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Jugendarbeit voranbringen. Bei der Aktion Strategische Partnerschaften unter Schulen (Erasmus+-Schulpartnerschaften) wird die europäische Zusammenarbeit zwischen Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften aus verschiedenen Ländern Europas gefördert.

Im Förderzeitraum 2014 bis 10/2017 wurden bzw. werden insgesamt 119 Erasmus+-Schulpartnerschaften mit baden-württembergischer Beteiligung gefördert. Die Verteilung auf die einzelnen Schularten ergibt sich aus nachstehender Tabelle:

	BW	GS	HS	WRS	GMS	RS	GY	BS	SBBZ	Sonstige
2014	25	0	0	2	6	11	6	0	0	
2015	31	0	1	0	0	3	12	11	3	1
2016	22	0	0	1	2	3	9	5	1	1
2017	41	0	0	0	1	4	20	12	1	3
insg.	119	0	1	1	5	16	52	34	5	5

Wie viele Schülerinnen und Schüler welcher Jahrgangsstufen im Rahmen einer genehmigten Erasmus+-Schulpartnerschaft an einer Schüleraustauschmaßnahme teilnehmen wird nicht erhoben.

Außerschulische bi-, tri- und multilaterale Jugendbegegnungen können ebenfalls im EU-Förderprogramm „Erasmus+“ im Rahmen der Leitaktion „Jugend in Aktion“ gefördert werden. Die Umsetzung erfolgt durch „Jugend für Europa“ als Nationale Agentur im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frau und Jugend. Da das Land nicht in die Abwicklung eingebunden ist, liegen keine statistischen Daten vor.

Die Aktion eTwinning ist Teil des EU-Bildungsprogramms Erasmus+ und unterstützt die Zusammenarbeit von Schulen in Europa über das Internet, u. a. mittels der Gründung „virtueller“ Schulpartnerschaften in einem geschützten Raum („Twin Space“). Es ist für alle Schularten der teilnehmenden 36 Staaten frei zugänglich. ETwinning besteht seit 2005 und wird von der Europäischen Kommission und der Kultusministerkonferenz gefördert. Die Arbeitsplattformen und Programme werden kostenlos zur Verfügung gestellt; es gibt allerdings keine finanzielle Förderung. Die Schulen können die Art der Zusammenarbeit frei wählen, von kurzfristigen Projekten bis hin zur langfristigen Kooperation. Viele Schulen

arbeiten gleichzeitig an mehreren Projekten mit unterschiedlich vielen Partnern. Diese Handlungsfreiheit, zusammen mit einem Minimum an Verwaltungsaufwand, ist kennzeichnend für das Programm. In Baden-Württemberg gibt es derzeit 2.126 registrierte Lehrkräfte, davon sind 746 aktiv. Die Zahl der Projekte beträgt insgesamt 786, davon sind 205 Projekte aktuell in Arbeit.

Im Schuljahr 2017/2018 führt das Kultusministerium gemeinsam mit dem Pädagogischen Austauschdienst (PAD) ein dreitägiges sogenanntes eTwinning Kontaktseminar an der Landesakademie in Esslingen durch. Über 40 Lehrkräfte aus Frankreich, Polen, Italien, Griechenland und Georgien – darunter 15 aus Baden-Württemberg – werden in die Möglichkeiten der virtuellen Plattform eingeführt, bilden multinational zusammengesetzte Arbeitsgruppen und einigen sich auf ein Projektthema, das in Bezug zum Europäischen Kulturerbejahr 2018 steht. An ihren jeweiligen Schulen setzen sie dann virtuell über das Internet ihre gemeinsame Projektarbeit unter Einbindung von Schülerinnen und Schülern in den jeweiligen Ländern fort.

8. welche Unterstützung die Schulen bei der komplexen und zeitaufwendigen Antragstellung zur Teilnahme an europäischen Austauschprogrammen und weiteren Projekten erhalten und welche Anreize bestehen, um das Engagement von Lehrerinnen und Lehrern in Sachen Europa zu fördern;

Die Regierungspräsidien als Bewilligungsstellen unterstützen im Bedarfsfalle bei der Antragstellung für die Förderprogramme des Landes und die hier verwalteten Programme des Deutsch-Französischen Jugendwerks, des Deutsch-Polnischen Jugendwerks sowie des Kinder- und Jugendplans des Bundes.

Im Vorfeld einer Antragstellung oder Projektplanung können sich Lehrkräfte und Leitungskräfte außerschulischer Jugendgruppen bei „Jugendbildung International“, einer mit Unterstützung des Kultusministeriums bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg eingerichteten Servicestelle, informieren. Als niederschwelliges Angebot ist die Homepage <https://www.sprung-ins-ausland.de/> eingerichtet.

Den Schulen und Lehrkräften ist bei der Anbahnung von Schulpartnerschaften und Schülerbegegnungen die Vorortstelle für internationalen Schüleraustausch beim Regierungspräsidium Stuttgart behilflich. Im Schülerinzelaustausch mit Frankreich vermittelt die Deutsch-Französische Schüler- und Jugendbegegnungsstätte Breisach Kontakte. Außerschulische Antragsteller des EU-Programms „Erasmus+“ können sich direkt bei der Agentur „Jugend für Europa“ mit Sitz in Bonn beraten lassen.

Zur Unterstützung beim EU-Programm Erasmus+ gibt es für die allgemein bildenden Schulen ein dichtes Netz von 13 Erasmus+-Moderatorinnen und Moderatoren. Sie schließen im Einvernehmen mit dem Kultusministerium einen Vertrag mit dem Pädagogischen Austauschdienst (PAD) in Bonn, der sowohl Informationsveranstaltungen als auch die Beratung von Antragstellern vorsieht. Sie werden vom PAD kontinuierlich mit aktuellen Informationen und Broschüren versorgt. Daneben werden sie einmal im Jahr zu einer Moderatorenveranstaltung beim PAD in Bonn eingeladen. Über das zuständige Fachreferat ist eine enge Anbindung an das Kultusministerium gewährleistet.

Für den Bereich der beruflichen Bildung sind an den vier Regierungspräsidien „Erasmus+-Moderatoren“ eingeführt, mit dem Ziel, die Mobilität von Auszubildenden in die europäischen Partnerländer zu Lernzwecken zu fördern. Diese Moderatoren unterstützen die Projektentwicklung und konkrete Antragstellung von Erasmus+-Projekten beruflicher Schulen. Dazu führen die Moderatoren jährlich zentrale und regionale Weiterbildungen für Lehrkräfte durch und besuchen auf Anfrage antragstellende Schulen, um diese individuell zu beraten.

Die nationalen Agenturen für Erasmus+, der Pädagogische Austauschdienst (PAD) für den Schulbereich und das Bundesinstitut für die berufliche Bildung (BiBB), führen darüber hinaus noch eigene Veranstaltungen durch, stellen jährlich aktualisierte Broschüren zur Verfügung und bieten den Schulen im Vorfeld der Antrags-einreichung individuelle Beratung an, z. B. in Form der Begutachtung von Projektskizzen.

Schulen, die die europäische und internationale Dimension im Rahmen einer zukunftsorientierten Schulentwicklung nutzen, können in diesem Kontext engagierten Lehrkräften Stunden aus ihrem allgemeinen Entlastungsstundenkontingent zur Verfügung stellen. Rückmeldungen zeigen, dass Schulen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

9. wie sie einer institutionellen Verankerung von Europabeauftragten in den Regierungspräsidien, in den Schulämtern oder in den Schulen gegenübersteht, die die Schulleitung und die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und spezifische Fortbildungen anbieten;

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sieht zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit für eine institutionelle Verankerung von Europabeauftragten. Wie unter Ziffer 2 und Ziffer 6 ausgeführt, ist das Thema Europa in vielfältiger Weise in den Bildungsplänen und der Lehrkräftefortbildung verankert. Unterstützung bei der Umsetzung der Themen der Bildungspläne erhalten Schulleitungen und Lehrkräfte durch die Fortbildungsangebote der Schulverwaltung. Die Fachberater Unterrichtsentwicklung u. a. der Fächer Gemeinschaftskunde, Geschichte und Geographie stehen als ausgebildete Multiplikatoren zur Verfügung, die entweder selbst Fortbildungen anbieten oder von Schulen zur Durchführung schulinterner Fortbildungen zum Thema Europa angefragt werden können, um hierdurch den Fortbildungsbedarf der Lehrkräfte zu decken.

10. durch welche Maßnahmen der von der Bundeskanzlerin eingeführte EU-Projekttag an den Schulen noch erfolgreicher beworben werden kann und wie sie die Einführung eines für alle Schulen verbindlichen jährlichen EU-Projekttags bewertet;

Der EU-Schulprojekttag, bei dem der europäische Einigungsprozess im Zentrum von Schule und Unterricht steht, findet seit dem Jahr 2007 jährlich statt. Schülerinnen und Schüler kommen an diesem Tag u. a. mit Kabinettsmitgliedern, Abgeordneten und Europaexperten ins Gespräch und haben die Möglichkeit, aktuelle europapolitische Themen im direkten Kontakt mit Funktionsträgern zu diskutieren. Der EU-Schulprojekttag gibt so Impulse zu einer weitergehenden Beschäftigung mit europapolitischen Fragestellungen an Schulen.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport informiert zu Beginn eines Kalenderjahres alle Schulen über den Termin des EU-Schulprojekttags und seine Zielsetzungen in den elektronisch versendeten Infodiensten. In der Aprilausgabe des Amtsblatts „Kultus und Unterricht“ erfolgt der Aufruf der Amtsleitung des Kultusministeriums an die Schulen zur Teilnahme am Projekttag mit jeweils aktuellen Themenvorschlägen.

Ein „Save-the-Date Hinweis“ wird bereits unmittelbar nach der Terminbefassung in der Europaministerkonferenz auf der Homepage des Kultusministeriums sowie auf dem Landesbildungsserver publiziert. Dies erfolgt in der Regel im Oktober, also zeitnah zum Schuljahresbeginn, um den Schulen Planungssicherheit zu geben.

Die schulische Gestaltung des Projekttags liegt in der Eigenverantwortung der Schulen. Die Teilnahme am Projekttag ist freiwillig. Den EU-Schulprojekttag für alle Schulen verbindlich vorzugeben ist nicht vorgesehen.

Das bislang praktizierte Informations- und Bewerbungsverfahren für den EU-Schulprojekttag hat sich bewährt. Das Bundespresseamt in Berlin erwägt, den Ländern für den EU-Schulprojekttag 2018 zusätzlich einen entsprechenden Info-Flyer zur Verfügung zu stellen.

11. welche weitergehenden Möglichkeiten zur Stärkung der Kenntnisse über und Auseinandersetzung mit den Errungenschaften des europäischen Binnenmarkts und der europäischen Werte- und Solidargemeinschaft sie an den Schulen des Landes sieht.

Zur Stärkung der Kenntnisse im Bereich des europäischen Binnenmarkts und der europäischen Werte- und Solidargemeinschaft können die Schulen die unter Ziffer 9 genannten Unterstützungsmaßnahmen der Schulverwaltung nutzen. Der europäische Binnenmarkt ist explizit Thema im neu eingerichteten Fach Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung. Im gemeinsamen Bildungsplan für die Sekundarstufe I sowie im Bildungsplan für die Gymnasien sind als inhaltsbezogene Kompetenzen ausgewiesen: „Die Schülerinnen und Schüler können globale Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft sowie den europäischen Binnenmarkt beurteilen und Gestaltungsmöglichkeiten einer zukünftigen Wirtschaftsordnung erörtern.“ Im Bildungsplan des Faches Wirtschaft am allgemein bildenden Gymnasium ist das Thema ebenfalls verankert: „Die Schülerinnen und Schüler können Chancen und Risiken von Regionalisierung (zum Beispiel EU-Binnenmarkt, Freihandelsabkommen) erörtern.“

Eine Auseinandersetzung in Bezug auf die europäische Werte- und Solidargemeinschaft kann mit der Behandlung von Themen der Leitperspektive Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt erfolgen. Darüber hinaus bieten Schulpartnerschaften und Jugendaustauschmaßnahmen eine Vielzahl von Möglichkeiten für den Erwerb interkultureller Kompetenz.

Dr. Eisenmann
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport

Anlage 1

Exemplarische Auflistung von Beispielen zur Verankerung des Themas Europa im Bildungsplan 2016

Gemeinschaftskunde:

„Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess in der EU einzubringen, und wie die Macht zwischen den Organen der EU verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Institutionen innerhalb der EU zusammenwirken (Ordnung und Struktur), wie sich Entscheidungen der EU auf das Leben der Bürger auswirken und ob die EU erweitert werden soll (Interessen und Gemeinwohl).“ (Gymnasium, Klassen 8/9/10, 3.1.4.2)

http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_GYM_GK_IK_8-9-10_04_02

(Sekundarstufe I, Klasse 10, 3.2.2.2 und Bildungsplan der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen, Klasse 11, 3.1.4.2 Kompetenzbereich: Die Europäische Union)

<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/SEK1/GK/IK/10/02/02>

<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/GMSO/GK/IK/01/04/02>

„Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie staatliche Macht in Deutschland sowie zwischen Deutschland und der Europäischen Union verteilt ist, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird und welchen Einfluss nicht staatliche Akteure auf Gesetzgebung und Kontrolle haben (Macht und Entscheidung) [...].“ (Gymnasium, Klassen 11/12 (vierstündiger Kurs), 3.3.2.3)

http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_GYM_GK_IK_11-12-4s_02_03

(Bildungsplan der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen, Klassen 12/13, 3.3.2.3 Kompetenzbereich: Gesetzgebung und Regieren)

<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/GMSO/GK/IK/03/02/03>

„Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, inwieweit der Staat auf nationaler oder europäischer Ebene in den Bereichen der Beschäftigungs- und Fiskalpolitik in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen soll (Privatheit und Öffentlichkeit), wie er die Prozesse in diesen Bereichen koordinieren soll und welchen Rahmen die Geldpolitik für wirtschaftliches Handeln bildet (Macht und Entscheidung).“ (Gymnasium, Klassen 11/12 (vierstündiger Kurs), 3.3.3.3)

http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_GYM_GK_IK_11-12-4s_03_03

(Bildungsplan der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen, Klassen 12/13, 3.3.3.3 Kompetenzbereich: Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik)

<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/GMSO/GK/IK/03/03/03>

Geographie:

Im Kompetenzbereich „Analyse ausgewählter Räume in Deutschland und Europa“ können „Schülerinnen und Schüler [...] einfache Wechselwirkungen zwischen dem

Naturraum und der Vielfalt menschlichen Handelns erklären und daraus resultierende, nachhaltige Handlungsperspektiven darstellen.“ (Gymnasium, Klassen 5/6, 3.1.5.1)

http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_GYM_GEO_IK_5-6_05_01

(Sekundarstufe I, Klassen 5/6, 3.1.5.1)

<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/SEK1/GEO/IK/5-6/05/01>

Geschichte:

Im Kompetenzbereich „Orientierung in der Zeit“ können „Schülerinnen und Schüler [...] den historischen Zeitraum, der in der Klasse 10 Gegenstand des Geschichtsunterrichts ist, anhand folgender Daten charakterisieren: [...] ab 1950: Beginn der Europäischen Integration, [...], ab 2009 Europäische Union“ (Gymnasium, Klassen 9/10, 3.3.0)

<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/GYM/G/IK/9-10/00>

<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/SEK1/G/IK/10/00>

Sie „können den Prozess der Europäischen Integration mit der Entwicklung Russlands, Chinas und der Türkei aus historischer Perspektive vergleichen sowie mögliche Entwicklungsszenarien erörtern.“ (Gymnasium, Klassen 9/10, 3.3.7)

<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/GYM/G/IK/9-10/07>

Sie „können den Prozess der Europäischen Integration charakterisieren und dessen Bedeutung und Entwicklungschancen beurteilen.“

(Sekundarstufe I, Klasse 10, 3.3.2)

<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/SEK1/G/IK/10/02>

Französisch:

Im Kompetenzbereich „Soziokulturelles Orientierungswissen“ können „Schülerinnen und Schüler [...] ihre interkulturellen, sprachlichen und medialen Kompetenzen auf der Basis von Kenntnissen in folgenden Themenbereichen anwenden: z.B. Eckdaten und wichtige Etappen der deutsch-französischen Geschichte und ihrer Bedeutung für Europa“ (Gymnasium, Klassen 9/10, 3.3.1)

<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/GYM/F1/IK/9-10/01>

Die zitierten Beispiele aus dem Bildungsplan Gymnasium sind in identischer oder ähnlicher Weise auch im Gemeinsamen Bildungsplan der Sekundarstufe I bzw. im Oberstufenplan der Gemeinschaftsschule zu finden. Die angegebenen Links führen zu den entsprechenden Stellen im Bildungsplan.

Anlage 2

Exemplarische Auflistung von Beispielen zur Verankerung des Themas Europa im Bildungsplan 2004

Einführung in den Bildungsplan 2004

„Das wirtschaftliche und politische Zusammenwachsen der Welt erhöht die Zahl der Beziehungen, in die die Menschen zueinander treten, und damit die Notwendigkeit von Verständigung und die Gefahr von Missverständnis und Konflikt. Es entstehen größere Regelungseinheiten – Europa, die Vereinten Nationen, die Ökumene, international tätige Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), und multinationale Konzerne –, in die man nicht hineingewachsen ist, sondern zu denen sich eine Loyalität erst bilden muss; die Heterogenität der in ihnen lebenden Bevölkerung, die Wanderbewegungen, das soziale Gefälle nehmen zu. Darum wird etwa das Lernen von Sprachen und das Verstehen fremder Lebensformen für den Einzelnen und die jeweilige Gesellschaft überaus wichtig.“ (Bildungsplan 2004, Gymnasium, S. 10). „Der Bildungsplan 2004 der Landesregierung muss auf der Gleichgewichtigkeit aller drei Aufträge bestehen – der Ausbildung der Gesamtpersönlichkeit der Schülerinnen und Schüler, der Überlebensfähigkeit der Gesellschaft und der Übung der jungen Menschen in der Rolle des Bürgers unserer Republik, des entstehenden Europa, der zukünftigen Weltgemeinschaft.“ (S. 12) Schülerinnen und Schüler weiten ihren Blick über die Nachbarschaft, die Stadt, die Republik hinaus zu Nachbarländern, zu Europa, zur Welt [...]“ (S. 14) „Zentrale Themen und Aufgaben der Schule: [...] Europa“ (S. 20).

Leitgedanken zum Kompetenzerwerb für moderne Fremdsprachen

„Das Zusammenwachsen Europas und der Welt, die Zuwanderung von Menschen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen, das Medienangebot und die modernen Technologien bringen neue Herausforderungen auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet mit sich. Dem Erlernen von Fremdsprachen kommt in diesem Umfeld eine große Bedeutung zu, denn Fremdsprachenkenntnisse tragen in hohem Maße zum gegenseitigen Verständnis und friedlichen Zusammenleben bei und sind Voraussetzung für Mobilität und Zusammenarbeit.“ (S. 104) Neben den modernen Fremdsprachen wird „Europa“ auch in den alten Sprachen berücksichtigt: „Schülerinnen und Schüler verfügen über Grundkenntnisse in den Bereichen Politik, Geschichte, Religion und Kunst. Sie kennen den Einfluss der Römer auf die Geschichte und Kultur Europas.“ (S. 168)

Leitgedanken im Fach Geschichte

„Hohe Bedeutung kommt hierbei der Herausbildung der europäischen Identität zu, ihr soll bei der Behandlung aller historischen Epochen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.“ (S. 216)

Geographie

„3. Themenfeld: Orientierung in Deutschland und Europa

Die Schülerinnen und Schüler können politische und räumliche Einheiten in Deutschland unter Beachtung des Maßstabwechsels lokalisieren, beschreiben und ihnen entsprechende Funktionen zuweisen; Europa hinsichtlich physischer, politischer und kultureller Gegebenheiten gliedern und verfügen über ein gefestigtes Orientierungsraster Europas.“ (S. 240)

Gemeinschaftskunde

„7. Die Zukunft Europas und der europäischen Union

Die Schülerinnen und Schüler können einen Überblick über die Ziele des europäischen Einigungsprozesses seit 1945 geben; die Institutionen der Europäischen Union darstellen und beispielhaft einen Entscheidungsprozess in der Europäischen Union beschreiben; Chancen und Probleme der Friedenssicherung in Europa an einem Beispiel darstellen.“ (S. 262)

Fächerverbundes Welt-Zeit-Gesellschaft (Werkrealschule)

Die Europäische Union sowie die Wege der europäischen Einigung werden in der Klassenstufe 7,8 und 9 unter dem Thema „Demokratische Gesellschaft“ aufgeführt. (S. 136)

Fächerverbund Erdkunde-Wirtschaftskunde-Gemeinschaftskunde (Realschule)

„Europa – von der nationalen Ordnung zur Einheit“ bietet sich auf Grund der komplexen, geographischen, politischen, wirtschaftlichen und auch historischen Fragestellungen eine Kooperation mit dem Fach Geschichte an. (S. 119)

Mensch, Natur und Kultur (Grundschule)

„Kinder dieser Welt: sich informieren, sich verständigen, sich verstehen“ auf die Besonderheiten, Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Kulturen aus Vergangenheit und Gegenwart hingewiesen, sowie darauf, die Rechte anderer Gruppen zu respektieren und altersgemäß Verantwortung für das eigene Tun zu übernehmen. (S. 105)

Anlage 3

Exemplarische Auflistung von Beispielen zur Verankerung des Themas Europa in den Bildungsplänen der beruflichen Schulen

Berufsschule

In der Berufsschule wird das Fach Gemeinschaftskunde im Umfang von einer Wochenstunde je Ausbildungsjahr unterrichtet, dabei ist Europa Themenschwerpunkt im dritten Jahr. Auf die Einheit „Junge Menschen in Europa und der Welt: Sich in Europa und der Welt zurechtfinden und engagieren“ entfallen dabei bis zu 50 Prozent der Unterrichtszeit. Der neue Bildungsplan für die Berufsschule ist zum Schuljahr 2016/2017 in Kraft getreten. Bereits im bis dahin gültigen Bildungsplan für das Fach Gemeinschaftskunde war das Thema Europa mit ähnlichem Inhalt und Umfang vertreten.

Berufskollegs

In den verschiedenen Richtungen des Berufskollegs ist das Thema Europa in den Bildungsplänen für Geschichte mit Gemeinschaftskunde, Geschichte/Wirtschaftskunde, oder Wirtschafts- und Sozialkunde verankert. Diese Fächer werden mit einem Umfang von ein oder zwei Wochenstunden pro Schuljahr abhängig von der Fachrichtung, dem Ausbildungsjahr und der Organisationsform unterrichtet. Die entsprechenden Lehrpläneinheiten nehmen einem Umfang von 25 bis 50 Prozent der Unterrichtszeit eines Schuljahres ein. Dies geschieht entweder mit einer explizit europabezogenen Einheit wie „Leben und Arbeiten in Europa“ im Bildungsplan für das Berufskolleg für Ernährung und Hauswirtschaft II oder im Rahmen einer umfassenderen Einheit wie „Wirtschaftliches Handeln im Zeitalter der Globalisierung“ im Bildungsplan für die zweijährigen Berufskollegs für technische Assistenten.

Berufliche Gymnasien

Europa und die europäische Integration ist an den Beruflichen Gymnasien des Landes ein Thema, das bildungsplanbezogen, überfachlich und/oder aktuell an vielen unterschiedlichen Stellen im Unterricht thematisiert wird. In den Bildungsplänen der Beruflichen Gymnasien werden dazu jeweils aus den unterschiedlichen beruflichen Perspektiven europäische Fragestellungen aufgeworfen. Anhand der folgenden Fächer werden beispielhaft die Vielzahl und der Umfang der Unterrichtsthemen zu europäischen Fragestellungen dargestellt.

Volks- und Betriebswirtschaftslehre (VBWL) am Wirtschaftsgymnasium – Profil Wirtschaft (WGW)

Mit dem 6-stündigen Profulfach VBWL werden wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen für eine spätere Tätigkeit in der Wirtschaft oder ein entsprechendes Studium gelegt. Im Bildungsplan werden europäische Fragestellungen folglich insbesondere vor ihren ökonomischen Hintergründen betrachtet

In der Lehrplaneinheit Wirtschaftspolitik (insgesamt 5 Unterrichtsstunden) lernen die Schülerinnen und Schüler wirtschafts- und ordnungspolitische Maßnahmen kennen und setzen sich auf europäischer Ebene mit der Bedeutung und Wirksamkeit des Europäischen Wirtschafts- und Stabilitätspaktes auseinander. Vor dem Hintergrund der Europäischen Währungsunion legen sie Aufbau und Ziele des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und der Europäischen Zentralbank (EZB) dar (Einheit Geldtheorie und Geldpolitik, 18 Unterrichtsstunden). Sie machen sich mit den geldpolitischen Instrumenten der EZB vertraut und lernen dabei die Grenzen der Geldpolitik kennen.

Das Thema Außenhandel (Außenwirtschaft, 10 Unterrichtsstunden) geht auf die außenwirtschaftspolitische Bedeutung der europäischen Integration ein mit dem Fokus auf Maßnahmen und Folgen der EU-Erweiterung. Im Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie (4 Unterrichtsstunden) werden umweltpolitische Maßnahmen als internationale Herausforderung besprochen.

Es stehen somit 37 von 422 inhaltsbezogenen Stunden (rund 7 Prozent) zur Verfügung, um sich intensiv mit Fragen zur europäischen und internationalen Verflechtung bzw. Integration zu beschäftigen.

Internationale Volks- und Betriebswirtschaftslehre am Wirtschaftsgymnasium - Profil Internationale Wirtschaft (WGI)

Das Profulfach Internationale Volks- und Betriebswirtschaftslehre vermittelt eine breite und tiefe ökonomische Grundbildung, die auf eine Tätigkeit in Wirtschaft oder Verwaltung bzw. die Studierfähigkeit im internationalen Umfeld abzielt. Ein Teil des Unterrichts erfolgt bilingual, also zu Teilen in der Fremdsprache Englisch.

Das Fach ist in großen Teilen deckungsgleich mit dem Profulfach Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Darüber hinaus enthält es die insgesamt 19 Unterrichtsstunden umfassende Einheit Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Europa. Hier vergleichen die Schülerinnen und Schüler die Arbeitsmarktsituation Deutschlands mit einem europäischen Land und erfassen die weitreichenden wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit. Sie beurteilen unterschiedliche Ansätze zur Senkung der Arbeitslosigkeit und überprüfen den Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Wirt-

schaftswachstum. Im zweiten Teil gehen sie auf weitere Arbeitsmarktprobleme in Europa ein und analysieren die Ab- und Zuwanderung von Arbeitnehmern vor dem Hintergrund der Harmonisierungsbestrebungen in Europa.

Wirtschaftsgeografie am Wirtschaftsgymnasium

Wirtschaftsgeografie ist ein zweistündiges (Wahl-)Pflichtfach, das sowohl ökonomische, naturwissenschaftliche also auch geisteswissenschaftliche Inhalte einbezieht und die Aufgabe hat, Schülerinnen und Schülern geografische Kenntnisse und Grundeinsichten zu vermitteln.

In diesem Fach wird in einer 25 Unterrichtsstunden umfassenden Einheit der Wirtschaftsstandort Deutschland in Europa betrachtet. Die Schülerinnen und Schüler erhalten dabei Einblicke in europäische Raumstrukturen und deren Nutzung und gewinnen dabei aus einer europäischen Perspektive Einsichten in das Spannungsverhältnis zwischen ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einflüssen. Dabei werden die politische Gliederung, die Wirtschaftsräume und die Verkehrsleitlinien in Europa betrachtet. Sie gehen auf Veränderungen in der Erwerbs- und Altersstruktur ein und betrachten Wanderungsbewegung in Deutschland und in Europa. In der Themeneinheit Raumordnung und Landesplanung, die ebenfalls 25 Unterrichtsstunden umfasst, werden u. a. raumbezogene Disparitäten in Deutschland und Europa und die Möglichkeit durch raumordnerische Maßnahmen gleichwertige Lebensbedingungen herzustellen, dargestellt. In diesem Fach beziehen sich 50 von 90 inhaltsbezogenen Stunden auf den Themenkomplex Europa.

Geschichte mit Gemeinschaftskunde (GGK) an den Beruflichen Gymnasien

Im Rahmen der politischen Themen wird im zweistündigen GGK-Unterricht an den Beruflichen Gymnasien der Einfluss der Europäischen Union auf nationale Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse hervorgehoben. Mit Bezügen zu menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen, Emanzipation und Partizipation, Legitimation, Demokratie und ihre Gefährdung soll die politische Gestaltungskompetenz der Schülerinnen und Schüler als mündige Bürgerinnen und Bürger in Europa gefördert werden.

In der 25 Stunden umfassenden Einheit Umbrüche und Revolutionen wird das Entstehen des modernen Europas thematisiert. Die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union sowie der Einfluss der EU auf die nationale Gesetzgebung werden u. a. in der Lehrplaneinheit Partizipation an der Herrschaft (25 Unterrichtsstunden) behandelt. Ausgehend von der deutschen Nachkriegsgeschichte beurteilen die Schülerinnen und Schüler die deutsche und europäische Entwicklung nach 1945, betrachten die politische, wirtschaftliche und rechtliche In-

tegration in der EU und werden befähigt, an aktuellen politischen Diskussionen in der EU teilzunehmen (25 Unterrichtsstunden).

Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Spanisch etc.)

Die modernen Fremdsprachen sind Medien der Verständigung in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Technik und Kultur in Europa und tragen durch ihre Verwendung und Vermittlung zum Aufbau interkultureller kommunikative Kompetenzen bei. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich in der jeweiligen Landeskunde auch mit den Besonderheiten der europäischen Nachbarn auseinander, entwickeln ein Verständnis für die Gemeinsamkeiten und Unterschiede und können sich dabei selbst also Europäerinnen und Europäer verorten. Dabei lernen sie bspw. die Arbeitsbedingungen bei den europäischen Nachbarn (Englisch, Unterrichtseinheit Arbeitswelt) kennen.

Global Studies an den Beruflichen Gymnasien

Das 2-stündige Wahl(pflicht-)fach Global Studies ist interdisziplinär angelegt und bietet eine Beschäftigung mit politischen, historischen, wirtschaftlichen und geografischen Fragestellungen aus einer globalen Perspektive. Der Unterricht erfolgt in wesentlichen Teilen in einer Fremdsprache. Die Schülerinnen und Schüler haben somit die Möglichkeiten wesentliche interkulturelle Kompetenzen zu stärken, die den Umgang mit Menschen über Grenzen hinweg – auch in Europa – ermöglicht.

Berufsoberschule und Berufsfachschule

In der Berufsoberschule ist das Thema Europa im Bildungsplan der Fächer Geschichte mit Gemeinschaftskunde (z. B. Internationale Beziehungen), Englisch, Französisch bzw. Spanisch (Landeskunde) und dem sechsstündigen Schwerpunktfach Wirtschaft (z. B. Geldtheorie und Geldpolitik) der Wirtschaftsoberschule (WO) verankert. In der zweijährigen zur Fachschulreife führenden Berufsfachschule wird das Thema Europa insbesondere im Fach Geschichte mit Gemeinschaftskunde mit einem großen zeitlichen Schwerpunkt intensiv behandelt.